

Oskar Weggel

Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 6: Die Praxis der Beijinger Außenpolitik und ihre Gezeiten

(Teil I)

Gliederung

Überlegungen zur Vorgehensweise

- 6.1 Ebene Nr.1: Der globale Handlungsrahmen und die UNO als globale Instanz
 - 6.1.1 Die Geschichte einer schwierigen Beziehung
 - 6.1.2 Vom weltweiten Klassenkampfforum zur „globalen Beziehungskiste“
 - 6.1.3 Interessen und Ziele
- 6.2 Ebene Nr.2: Der multipolare Handlungsrahmen
 - 6.2.1 China und die USA – verbunden durch einen gordischen Knoten
 - 6.2.1.1 Die mäandrischen Lehren der Vergangenheit
 - 6.2.1.2 Das chinesische Amerikabild
 - 6.2.1.3 Interessen und Ziele

Überlegungen zur Vorgehensweise

Während die bisherigen Ausführungen dem außenpolitischen Verhalten der VRCh im allgemeinen (nämlich den historischen Vorgaben, Zielsetzungen und Strategien sowie der Trägerschaft, den Arbeitsstilen und der Methodik) galten, wendet sich die Untersuchung nun dem praktischen Verhalten Beijings zu, das von den feierlich verkündeten Prinzipien nicht selten beträchtlich abweicht und das häufig genug deutlich werden läßt, daß das Agieren der Volksrepublik im internationalen Bereich nicht immer „Außenpolitik“, sondern häufig nicht sehr viel mehr als Projektion innenpolitischer Konflikte oder interfraktioneller Kompromisse nach außen ist.

Als Einteilungsraster soll ein dreiteiliges Schema dienen, das die Lehren der Vergangenheit, die perzipierten Eigenschaften des außenpolitischen Bezugspartners und die daraus resultierenden Zielvorgaben sowie Aktionsweisen umreißen soll.

Bei der Ausfüllung dieses Schemas ist weniger aufs Detail als vielmehr auf die großen Linien abzustellen, nach denen sich die Außenpolitik Chinas in den fünf Jahrzehnten seit Ausrufung der Volksrepublik ausgerichtet hat und die auch in absehbarer Zukunft noch maßgebend bleiben dürften.

Wäre die vorliegende Darstellung in den späten 70er oder in den 80er Jahren geschrieben worden, so hätte sie sich bei der Reihenfolge der Bezugspartner nach der damals noch gültigen Drei-Welten-Theorie richten können – beginnend mit den beiden Ländern der Ersten Welt (USA, UdSSR), sich fortsetzend über die Zweite Welt (d.h. über Westeuropa, Osteuropa, Japan und den Fünften Kontinent) und endend mit der Dritten Welt (in der Reihenfolge Asien, Afrika, Nahost und Lateinamerika).

Mittlerweile hat sich aber in der Volksrepublik längst ein eher pragmatisch-wirtschaftlicher Betrachtungsmodus durchgesetzt, der zu einer veränderten Vorgehensweise zwingt: China will nicht mehr apologetisch mit dem Kopf durch die Wand gehen, sondern ist bereit, sich nach den Möglichkeiten zu richten und sich auf die Erkenntnis einzustellen, daß sich internationale Politik längst nicht mehr auf Aktionen der Staatenwelt¹ beschränkt, sondern daß immer mehr nichtstaatliche Akteure auftreten, die – zusammen mit den Staaten – auf immerhin fünf Ebenen (global - multilateral - regional - national - lokal) tätig werden – und in dieser Eigenschaft auch mitbestimmen wollen.

Allerdings behält der Nationalstaat nach wie vor eine wichtige Rolle, obwohl seine Bedeutung zwar nicht von China, wohl aber von globalen Instanzen wie der UNO, der Weltbank und dem IWF mehrere Male in Zweifel gezogen worden sind:²

Noch in der Nachkriegszeit hatte der Staat – und zwar im Gefolge des damals so erfolgreichen Fünfjahrplanmodells der Ostblockländer – als eine Art Demiurg gegolten. Je mehr sich freilich der Nebel lichtet und Mängel im sozialistischen Wirtschaftsmechanismus erkennbar wurden, um so stärker setzte sich, vor allem in den 70er und 80er Jahren, der Neoliberalismus mit seiner Diagnose vom „Staatsversagen“ und mit seiner Forderung nach „staatlichem Minimalismus“ durch.

Die Krise des Nationalstaats offenbarte sich – nicht zuletzt aus Weltbanksicht – auch darin, daß die Ursachen für zentrale Übel wie Arbeitslosigkeit, Währungsverfall oder Klimaverschlechterung immer häufiger transnationaler Art seien und daß deshalb auch die Lösungen weit über der nationalen Augenhöhe einsetzen müßten. Damit aber begannen die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik zu verfließen – und es finde eine dauernde Erosion nationaler Souveränität in *dem* Sinne statt, daß die internen Handlungen der nationalen Behörden zunehmend von außen her gesteuert werden.

Nachdem der Nationalstaat im Gefolge solcher Diagnosen längerfristig bereits abgeschrieben zu sein schien, folgte in den 90er Jahren eine überraschende Kehrtwende: Ausgerechnet die Weltbank, die lange Zeit zu den Hauptskeptikern gehört hatte, vollzog nun, in ihrem Bericht von 1997, einen neuen Kniefall vor dem Nationalstaat: Das Institut hatte erkennen müssen, daß der von ihm noch in den 80er Jahren mitbefürwortete Deregulierungswettbewerb zwar zahlreiche Abwärtsspiralen ausgelöst hatte, daß es fast zur gleichen Zeit aber zu zahlreichen „Wirtschaftswundern“ in Asien gekommen war, und zwar ausgerechnet *mit Hilfe* staatlicher Bürokratien. Vor allem „Ostasien“ habe den Beweis erbracht, daß ohne den Staat wenig laufe. Für das gemeinsame Überleben komme es folglich

¹Die Gründe für die überkommene etatistische Betrachtungsweise wurden oben in 1.2.2.2.3, C.a. 1998/6, S.614 f., dargelegt.

²Vergl. dazu den Weltentwicklungsbericht 1997 der Weltbank mit dem Untertitel „The State in a Changing World“, erschienen im April 1998.

darauf an, daß die Akteure *aller* Ebenen künftig wieder enger zusammenarbeiteten.

Man könnte die von der Weltbank neuentdeckte Netzwerk-Konstellation mit dem Schlagwort „fünf Akteure kooperieren in sechs Formen“ umschreiben:

Zu den *Akteuren* gehören die UNO (als globale Instanz), die Nationalstaaten, die Regionalallianzen (EU, OAU in Afrika, OAS in Lateinamerika sowie APEC und ASEAN in Asien), die Mitglieder der sich abzeichnenden „polyzentrischen“ Strukturen³ und die vor allem im lokalen Rahmen tätigen Nichtregierungsorganisationen sowie das Maschengeflecht der (zivil-) gesellschaftlichen Repräsentanten.

Nur in ständiger Abstimmung zwischen diesen fünf Akteuren läßt sich ein authentisches Weltregime (im Sinne von „global governance“) verwirklichen, und zwar vor allem in sechs Formen, die letztlich dem gemeinsamen Überleben dienen und die gleich zu Beginn des nächsten Kapitels aufgezählt werden.

Entsprechend dieser Perzeption soll die nachfolgende Darstellung in fünf großen Abschnitten durchgeführt werden, die sich auf die unterschiedlichen Handlungsebenen moderner Außenpolitik beziehen:

6.1

Ebene Nr.1: Der globale Handlungsrahmen und die UNO als globale Instanz

6.1.1

Die Geschichte einer schwierigen Beziehung

Zu den Hauptfeldern, die im Sinne einer „global governance“ zu bestellen wären, gehören die oben angedeuteten sechs Bereiche, nämlich eine Welthandels-, Wettbewerbs-, Weltwährungs-, Weltsozial-, Weltökologie- und Weltfriedensordnung.

Wenngleich sich die Volksrepublik zu *allen* sechs Sektoren im Laufe der Jahre häufig – und mit schöner Ausführlichkeit – geäußert hat, lag ihr doch *ein* Aspekt ganz besonders am Herzen, nämlich die zuletzt genannte „Weltfriedensordnung“, mit der sich die Vorstellung von *Politik* im weitesten Sinne verband.

Dieses vorrangige Interesse an Politik- (und weniger an Währungs-, Wettbewerbs- oder Handels-) Fragen hängt mit der traumatischen Vorgeschichte zusammen, die China bei seiner Begegnung mit der Weltorganisation zu durchlaufen hatte: Während andere Nationen wie Kanada, Frankreich oder die Niederlande, ja selbst Kleinstaaten wie Guatemala, Costa Rica oder Paraguay schon 1945 gleichsam mühelos UNO-Mitglieder werden konnten, hatte das bevölkerungsreichste und mit gewaltigem historischem Selbstbewußtsein ausgestattete volksrepublikanische China immerhin 26 Jahre lang antichambrieren müssen, ehe es dann in der UNO jene – privilegierte! – Position einnehmen konnte, für die es sich eigentlich schon seit Ausrufung der Volksrepublik im Jahre 1949 prädestiniert gewußt hatte. Daß ihr, der weltpolitisch so überaus bedeutsamen Volksrepublik, die Zuerkennung eines gleichsam „angestammten Rechts“ so lange verweigert wurde, konnte eigentlich nur das Werk eines einflußreichen Drahtziehers sein, nämlich der „imperialistischen“ USA.

Lange Zeit gab es für die Volksrepublik drei Möglichkeiten, ein klar definiertes Verhältnis zur UNO zu finden, nämlich entweder den dauernden Verzicht auf Mitgliedschaft, wie er beispielsweise zur Außenpolitik der Schweiz

gehört, oder die Gründung einer Gegen-UNO, wie sie Beijing dann in der Tat 1965, und zwar in Zusammenarbeit mit dem Indonesien Sukarnos, versuchte, ohne daß solche Bestrebungen freilich auch nur über Ansätze hinausgekommen wären; oder aber eine dritte Option, nämlich im Vorraum der UNO geduldig zuzuwarten, wobei allerdings Gesichtsverluste in Kauf zu nehmen waren.

Wie ein fauchender Tiger streifte die volksrepublikanische Führung damals jahrelang in diesem umgitterten Dreieck an den Stäben entlang, wobei sie zorn erfüllt erleben mußte, daß *ihr* Platz von der (mittlerweile nach Taiwan ausgewichenen) Regierung der Republik China eingenommen wurde.

Die Empörung Beijings war um so größer, als bei der Gründungsversammlung der UNO in San Francisco im April 1945 nicht nur die Guomindang, sondern auch die KPCh vertreten gewesen war, und zwar durch Dong Biwu, einem der Mitbegründer der KPCh. Wiederum waren es aber die USA gewesen, die dafür sorgten, daß das Vertretungsrecht für China ganz allein bei der 1949 nach Taiwan geflohenen Regierung der „Republik China“ verblieb.

Trotz des Scheiterns aller Einstiegsversuche hatte die junge Volksrepublik ausgerechnet hier, vor der UNO, im Herbst 1950 ihre ersten außenpolitischen Gehversuche unternommen, und zwar im Zusammenhang mit dem damals gerade ausgebrochenen Koreakrieg. Delegationsleiter Wu Xiuquan, der während des Langen Marsches bereits an der Zunyi-Konferenz teilgenommen hatte, hielt in New York flammende Reden gegen den US-Imperialismus, der in die Fußstapfen der japanischen Militaristen getreten sei, der Taiwan zu einem „unversenkbar Flugzeugträger“ ausbauen wolle und der nun auch noch in Korea eingefallen sei.⁴ Während der auf der diplomatischen Bühne unerfahrene Wu sich ziemlich unbeholfen verhielt und u.a. sogar einen Resolutionsentwurf gegen die amerikanische „Aggression“ einbrachte, konterten die USA eiskalt mit einem – schnell verabschiedeten – Gegenantrag, der nun gerade umgekehrt die Chinesen als „Aggressoren“ in Korea brandmarkte, worauf die Beijinger Delegation „wutentbrannt die Sitzungshalle verließ“ und das „Schlachtfeld“ auf Bereiche außerhalb der UNO verlegte.⁵ Auf Schritt und Tritt offenbarte sich hier außenpolitisches Anfängertum.

Die USA legten damals noch weitere Scheite nach und brachten, ebenfalls 1950, einen Entschließungsantrag ein, über den künftig bitte jedes Jahr neu entschieden werden möge, ob nämlich die VRCh in die UNO aufgenommen werden solle, und der dann in der Tat 20 Jahre lang dazu führte, daß die Volksrepublik keinen Fuß mehr in den Türspalt zur UNO setzen konnte. Der Resolutionsantrag lautete: „Die Generalversammlung beschließt für die Dauer ihrer diesjährigen ordentlichen Tagung, die Überlegungen zum Ausschluß der Vertreter der Regierung der Republik China und zur Zulassung der Vertreter der Zentralen Volksregierung der VRCh zu verschieben“.⁶ Von 1950 bis 1970 ging dieser Antrag stets mit großer Mehrheit durch; Versuche der Sowjetunion, Indiens und Albanien, die „Rechte der VR China wiederherzustellen“, wurden damit gleichsam a priori majorisiert und vereitelt.

Das Blatt wendete sich erst im Herbst 1971, nachdem die amerikanische Regierung bekanntgegeben hatte, daß Präsident Nixon im Februar 1972 die VR China besu-

⁴Zu den Einzelheiten vergl. Wu Xiuquan, *Acht Jahre im Außenministerium, Januar 1950 – Oktober 1958*, Beijing 1987.

⁵Ebd.

⁶General Assembly, Resolution 800 (VII) vom 15.9.53.

³Zur fünfpoligen Weltordnung vergl. 5.4.4 in C.a. 1998/11, S.1226 f.

chen wolle. Damit stürzten alle gegen China aufgerichteten Mauern auf einen Schlag in sich zusammen. Bereits am 25.10.1971 konnte die VRCh unter dem Beifall vor allem der Drittweltvertreter in die UNO einziehen und dort – unter Verdrängung der Taiwanvertreter – eine der fünf Ständigen Positionen des UNO-Sicherheitsrats einnehmen. Das Doppelereignis Nixon-Visite und UNO-Eintritt hatte einen diplomatischen Dammbruch zur Folge: Noch im Jahre 1972 nahmen nicht weniger als 15 Staaten offizielle Beziehungen zur Volksrepublik auf, darunter auch zwei bisherige Haupthandelspartner, nämlich Japan und die Bundesrepublik Deutschland.

Es ist wohl nicht übertrieben, zu behaupten, daß der Beitritt Chinas viel zur Demokratisierung der UNO beigetragen hat (zu den erklärten Zielen Beijings vgl. unten 6.1.3).

Auch die Stimme Chinas wurde schon bald unüberhörbar, und zwar sowohl in der Vollversammlung als auch in den sieben Ausschüssen⁷:

Im *Ersten (politischen) Ausschuß* interessierte sich Beijing vor allem für Abrüstungsprobleme und für Seerechtsfragen. Hier brachte es erstmals systematisch seine „Antihegemonismus“-Vorstellungen ein.⁸

Im *Zweiten (Wirtschafts-) Ausschuß* stand die Unterentwicklung weiter Gebiete der „Dritten Welt“ im Mittelpunkt, wobei China, das sich während der Beitrittsjahre ja noch mitten in der Kulturrevolution befand, überaus „kulturrevolutionäre“ Argumente ins Feld führte. „Hauptursachen“ für die Unterentwicklung seien nämlich „Aggression, Beherrschung und Plünderung durch die Kräfte des Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus“.

Im *Dritten (Sozial-) Ausschuß* machte sich der chinesische Vertreter paradoxerweise für die Einhaltung der Menschenrechte stark, ohne zu ahnen, daß ausgerechnet hier in späteren Jahren die schärfsten Geschütze gegen China aufgeföhren würden. Daneben wurden auch Fragen der Bevölkerungsexplosion, der Arbeitslosigkeit und des Hungers in der Welt angeprochen.

Nach 1989 sah sich die Volksrepublik China immer wieder mit der Gefahr konfrontiert, durch die UNO-Menschenrechtskommission verurteilt zu werden; mehrere Male, vor allem 1994 und 1995, schrammte sie nur knapp an einer offiziellen Verurteilung vorbei.⁹ 1997 kam es innerhalb der EU zu einem offenen Streit über die Frage, ob sich die Union künftig noch an den Menschenrechtsresolutionen gegen China beteiligen sollte oder nicht. Frankreich, Italien und Spanien sprachen sich gegen eine Fortsetzung dieser Politik, die Niederlande und die skandinavischen Länder aber dafür aus. Deutschland schwenkte auf die französische Linie ein.¹⁰ 1998 kam es dann zu einer Einigung auf die Linie Frankreichs. Damit war für China die Gefahr einer offiziellen Verurteilung endgültig abgewendet.

Im *Vierten (Entkolonisierungs-) Ausschuß* fand China eine besonders dankbare Betätigung, insofern es damals vor allem die Zustände in den portugiesischen Überseeprovinzen sowie in Rhodesien, Süd- und Südwestafrika aufs

Korn nehmen und die dortigen Völker (z.B. von „Zimbabwe“) seiner Solidarität versichern konnte.

Im *Fünften (Finanz-) Ausschuß* versuchte China vor allem die finanzielle Unterstützung „rechtswidriger Operationen“ zu verhindern, z.B. der UNHCR zugunsten der tibetischen Flüchtlinge in Indien und Nepal oder aber der UNIDO bei der Finanzierung von Projekten in Südkorea, Südvietnam und Israel. Am entschiedensten aber wandten sich die Chinesen gegen friedenswahrende Militäroperationen der UNO.

Konkretere Auseinandersetzungen mit der Weltbank oder dem IWF wären dem damaligen China allerdings kaum in den Sinn gekommen, es sei denn, die Institutionen hätten sich als Instrumente „hegemonistischen“ Mißbrauchs verdächtig gemacht.

Eine differenziertere Würdigung erfährt vor allem der IWF erst in neuerer Zeit, und zwar im Zeichen der Asienkrise.¹¹

Im *Sechsten (Rechts-) Ausschuß* wandte sich China vor allem gegen den weltweiten Terrorismus, wobei es die Bombardements der USA in Vietnam, die Verfolgung von Palästinensern durch Israel und die Unterdrückung der Schwarzafrikaner durch portugiesische, rhodesische und südafrikanische Behörden als Varianten des Terrorismus diagnostizierte.

Im *Siebten (Strahlenschutz-) Ausschuß* ging es den Chinesen vor allem darum, das Quasimonopol der Supermächte anzuschwärzen und zu fordern, daß letztlich alle Kernwaffen abgeschafft würden. Wenn China sich selbst einige Atomwaffen zugelegt habe, so sei dies ausschließlich in Verteidigungsabsicht geschehen.

Zu Heilmitteln für alle hier aufgezeigten Fragen erklärte China anfangs (d.h. bis 1978) den Kampf der unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Hegemonismus, später die Errichtung neuer Nord/Süd-Strukturen sowie die Süd/Süd-Kooperation (Näheres dazu unten 6.1.3).

China konnte viele seiner Positionen, die es anfangs, d.h. unmittelbar nach 1971, noch überaus apologetisch vertreten hatte, nicht dauerhaft beibehalten, vor allem, nachdem es an der innenpolitischen Front die große Wende vom kulturrevolutionären Spätmaoismus zur Reformpolitik durchlaufen hatte. Was sich jetzt veränderte, war vor allem der „Arbeitsstil“. Noch zur Zeit der Kulturrevolution hatten „Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus“ als Wurzel aller Übel – von der Aufrüstung über den Hunger bis hin zur Frauenunterdrückung – gegolten. Als Therapien waren deshalb konsequenter Antihegemonismus, Antiimperialismus, Antikolonialismus, Anti-Apartheid etc. gefordert worden. Überdies hatte das maotistische China auch vor der UNO alle Probleme im wesentlichen auf „zwei Linien“ reduziert – eine richtige und eine falsche –, die als solche holzschnittartig herausgearbeitet wurden. Mittlere Positionen hatten damals keine Chance. Gefordert wurde beispielsweise auf dem Gebiet der Abrüstung die *restlose* (und nicht etwa nur die schrittweise und partielle) Vernichtung aller Kernwaffen sowie die Aufhebung *sämtlicher* Basen im Ausland.

Die ideologische Holzhammermethode war sogar bei der Auslotung von Zentralbegriffen der UNO-Charta angewandt worden, so z.B. beim „Aggressions“-Begriff, der ja als Dreh- und Angelpunkt der gesamten UNO-Arbeit gelten darf. Drei Versuche, diesen Terminus zu fundieren, hatte es bis 1971 gegeben: Die kontinentaleuropäischen Vertreter aus dem römischen Rechtskreis hatten eine kurze, elegant-abstrakte Begriffsbestimmung gefordert, wäh-

⁷Die Arbeit der Volksrepublik in diesen Ausschüssen ist für den Zeitraum 1971-1977 sorgfältig zusammengefaßt bei Werner Pfeifenberger, *Die UNO-Politik der Volksrepublik China*, Erlenbach-Zürich und Konstanz 1978, S.78 ff.

⁸Ausführlich dazu Oskar Weggel, „Die Erde als Schicksalsgemeinschaft. Wie China zu den 'Großen Fragen der Zeit' Stellung nimmt und welchen sozialen Strategien es vorschlägt“, in C.a., 1983/7, S.426-444.

⁹Dazu beispielsweise C.a., 1995/4, Ü 1 m.N.

¹⁰Dazu C.a., 1997/3, Ü 2.

¹¹Vergl. dazu C.a., 1998/11, S.1233-1237.

rend sich die Sowjetunion ganz im Gegensatz dazu eine enumerative, in möglichst viele Unterparagraphen aufgliederte Definition gewünscht hatte. Die Repräsentanten des angloamerikanischen Rechtskreises schließlich waren jeder ex-ante-Definition mit Mißtrauen entgegengetreten und hatten gefordert, nichts zu überstürzen, sondern auf die Herauskristallisierung eines case law zu warten.

Den Chinesen, die 1971 der UNO beitraten, war es demgegenüber nicht um eine *Verrechtlichung*, sondern vielmehr um eine *Politisierung* des „Aggressions“-Begriffs gegangen. Aggression war nach ihren Vorstellungen, was „95% aller Völker“ in jedem konkreten Einzelfall als „Aggression“ ansehen. Diese dezisionistische und in der innenpolitischen Praxis der Volksrepublik als „Massenlinie“ bekannte *prozessuale* Lösung sollte ihre außenpolitische Nutzenanwendung überall dort finden, wo es galt, den jeweiligen Hauptfeind (nämlich damals den „Sozialimperialismus“) in jeder anstehenden Frage „maximal zu isolieren“ und gleichzeitig auf der anderen Seite alle „vereinigungsfähigen Kräfte maximal zu vereinen“. Dem kulturrevolutionären China war es damals also nicht um befriedigende juristische Definitionen, sondern um die prinzipielle „Vermöglichkeit“ sämtlicher Positionen seiner Hauptfeinde gegangen.

Nach dem Umschwung von 1978 mußten, wie gesagt, viele dieser ideologisch verbissenen Positionen, vor allem aber der Arbeitsstil und die Argumentationsweise geändert werden. Die „Großen Fragen der Zeit“ wurden jetzt nicht mehr politisiert, sondern immer mehr sachlich durchröntgt und in differenzierter Weise auf Ursachen und Therapien hin analysiert. Sieht man einmal von den Positionen zum Seerecht und zur Gleichberechtigungsfrage ab, so wurden jetzt also fast alle Diagnoseaussagen und Therapievorschlüsse aus maoistischer Zeit entsorgt und durch neue Formulierungen ersetzt. Viele der nun in der UNO vorgeschlagenen Strategien stammten fast Schritt für Schritt aus der Nach-1978er-Alltagspraxis des reformerischen Laboratoriums – angefangen von Familienplanungs- und Hungerbekämpfungsbis über Arbeitsbeschaffungs- bis hin zu Industrialisierungsprogrammen.

Ungeachtet solcher Distanzierungen legten aber auch die Reformen Wert darauf, zu betonen, daß Imperialismus und Hegemonismus nach wie vor Hauptgefahren seien, und auch sie führen damit fort, auf die Unentbehrlichkeit einer NWWO sowie der „solidarischen Autarkie“ im Bereich der Dritten Welt zu pochen.

6.1.2

Vom weltweiten Klassenkampfforum zur „globalen Beziehungskiste“

Solange China vor den Türen der UNO auszuharren hatte, sah es in der Weltgemeinschaft ein zwar überaus „massen“-dienliches Forum, das allerdings von zwei Supermächten dominiert – und bestimmungswidrig manipuliert – würde.

Kaum aber war der Beitritt der Volksrepublik spruchreif geworden, standen ihre Partizipationsforderungen auch bereits auf der Tagesordnung. So eilig hatte es die Beijinger Regierung mit ihren Visionen, daß sie die Leitlinien ihrer künftigen UNO-Politik noch vor der Entsendung ihrer Delegation bekanntgab, und zwar in vier Punkten: (1) An erster Stelle stand die Einforderung von Partizipationsrecht für *alle* Länder der Welt in UNO-Angelegenheiten. (2) Aggression und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten seien mit der UNO-Satzung unvereinbar. (3) China verzichte auf einen Super-

machtsstatus und (4) es strebe die Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Nationen an.¹²

Der Grundsatz, daß die UNO *allen* Ländern gehöre und nicht von einigen privilegierten Mächten monopolisiert oder manipuliert werden dürfe, wird in der chinesischen UNO-Politik bis heute „gehegt und gepflegt“ – und dies ungeachtet der Tatsache, daß China selbst ja eigentlich als *primus inter pares* auftritt, weil es nun einmal Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat ist!

Aus Beijinger Sicht ist die UNO (1) ein Friedenserhaltungsinstrument, (2) ein Diskussionsforum für die „großen Fragen“, in dem die Mehrheit der Staaten, nämlich die Dritte Welt, sich Gehör verschaffen, sich also im Wege der „Massenlinie“ zu Wort melden soll, und nicht zuletzt (3) eine Bühne, auf der China „Beziehungen“ zu anderen Eliten knüpfen kann.¹³

Die Zeiten, da die UNO auch noch als Anklageforum gegen den Hegemonismus gedient hat, scheinen aber der Vergangenheit anzugehören.

6.1.3

Interessen und Ziele

Allem Engagement hinsichtlich der „Großen Zeitfragen“ zum Trotz bleibt aber festzuhalten, daß das Hauptinteresse Chinas, wie erwähnt, vor allem der *politischen* Funktion der UNO galt und gilt, daß globale Wettbewerbs-, Umwelt- oder Sozialfragen also eher in den Hintergrund treten.

Dieses betont *politische* Interesse äußert sich vor allem in Enthegemonisierungs- und Demokratisierungsforderungen – so zuletzt wieder einmal ex cathedra anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der UNO im Jahre 1995. Alte Forderungen kamen dabei neu auf den Tisch:

1. Eine Reform der UNO sei unumgänglich, und zwar schon deshalb, weil sich die Zahl der Mitglieder in den letzten 50 Jahren von 51 auf 185 erhöht habe. Da die meisten der 130 Neulinge Entwicklungsländer seien, müßten die Funktionen der UNO-Vollversammlung ihren Artikulationsinteressen angepaßt werden.
2. China unterstütze darüber hinaus auch die Reform und Kompetenzerweiterung des Sicherheitsrats, weise gleichzeitig aber darauf hin, daß eine eventuelle quantitative Vermehrung der Ständigen sowie der Zeitweiligen Mitglieder den geographischen und Bevölkerungsgesichtspunkten verstärkt Rechnung tragen müsse. (Ob sich Beijing damit gegen Japan und Deutschland, gleichzeitig aber für Indien ausgesprochen hat?)
Ferner fordert China, daß vom Vetorecht der Ständigen Mitglieder künftig weniger egoistisch Gebrauch gemacht werden solle. (Ob es dabei wohl seine eigene Taiwan- und Tibetpolitik vergessen hat?)
3. Nicht zuletzt aber solle die UNO in Zukunft versuchen, regionale Konflikte mehr durch Konsultationen und weniger durch militärische Drohungen und Interventionen anzugehen. Friede und Sicherheit seien übrigens auf die Dauer kaum aufrechtzuerhalten, wenn im Vorfeld nicht die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hausaufgaben erledigt würden.¹⁴

Die Führung in Beijing besteht hier also weiterhin auf einer „Ent-Hegemonisierung der UNO“, die mit einer Demokratisierung der Weltgemeinschaft, d.h. vor allem mit

¹² *Peking Review*, 5.11.71, S.6.

¹³ Zur Beziehungsphilosophie vgl. 3.1, C.a., 1998/6, S.619 ff.

¹⁴ Dazu m.N. C.a., 1995/4, Ü 2.

einer stärkeren Drittwelt-Beteiligung Hand in Hand zu gehen habe. Eine solche „Reform“ würde, glaubt man in Beijing zu wissen, allemale der VR China zugutekommen – und die bisherige Vorherrschaft des Westens relativieren.

Dem hier naheliegenden Vorwurf, die UNO instrumentalisieren zu wollen, würde Beijing wohl nicht ganz zu Unrecht mit dem Einwand entgegenreten, daß es ihm, gerade umgekehrt, um eine De-Instrumentalisierung der Weltgemeinschaft und um ihre Aufwertung zu einem Forum globaler Beziehungen gehe.

Soweit also zur *demokratischen* Ausgestaltung der UNO. Aber auch die von der Weltgemeinschaft zu regelnden *Sachfragen* sollen möglichst partizipatorisch beantwortet werden.

Für die meisten der „Großen Fragen“, angefangen von der Bevölkerungsexplosion über die Rohstoffverteilung, den Hunger in der Welt und die Industrialisierung bis hin zum Umweltschutz, zur Überrüstung, zur Arbeitslosigkeit und zur Neuaufteilung der Erde mit Hilfe eines internationalen Seerechts wußte China immer wieder *ein* Allheilmittel vorzuschlagen, nämlich zuerst (d.h. bis 1978) den gemeinsamen Kampf der Völker *gegen* Imperialismus und Hegemonismus, später aber den Kampf *für* die Schaffung einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ und die Verstärkung der Süd-Süd-Kooperation.

Nach chinesischer Auffassung waren (und sind) es vier Hauptpostulate, die im Mittelpunkt einer großen NWWO zu stehen haben:

- Im Ernährungsbereich sei einerseits die Nahrungsmittellücke von den wohlhabenden (Nord- und Süd-) Staaten zu decken und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die einzelnen Volkswirtschaften zu Selbstversorgern werden.
- Im Energiebereich sollen die Entwicklungsländer bei den Ölimporten bevorzugt und gleichzeitig darin bestärkt werden, eigene Energiequellen zu erschließen.
- Im Bereich des Handels gehe es darum, den Protektionismus der hochentwickelten Partnerländer zu beseitigen, bessere Austauschbedingungen (terms of trade) für Primärprodukte zu schaffen, die Entwicklungsländer bei der Verarbeitung ihrer Primärprodukte zu unterstützen und ihre Exporteinkünfte zu stabilisieren.
- Im Währungs- und Finanzbereich schließlich müßten die Kreditmodalitäten und Rückzahlungsfristen revidiert und den Entwicklungsländern verstärkte Mitspracherechte in den internationalen Führungsgremien eingeräumt werden.¹⁵

Immer wieder ging es hier also um ein verbessertes *Gleichgewicht* zwischen Arm und Reich sowie vor allem um die Beseitigung der für das Ungleichgewicht ursächlichen Machtlosigkeit der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsangelegenheiten, die nur durch stärkere Einbeziehung des „Südens“ in wirtschaftsrelevante Entscheidungsprozesse beseitigt werden könne.¹⁶

Ergänzend zur Neugestaltung der Nord-Süd-Beziehungen sollte noch die Süd-Süd-Zusammenarbeit systematisiert werden, die im Zeichen „kollektiver Autarkie“¹⁷ zu stehen habe – man denke an den Abbau von Zolltarifen, wie sie innerhalb der ASEAN, oder aber an die Kooperation, wie sie zwischen den OPEC- sowie anderen rohstoffproduzierenden Ländern stattfindet!

Ganz auf der Linie dieser Süd-Süd-Kooperation beteiligte sich China seit 1974 unter dem Patronat der UNDP an Projekten der technischen Zusammenarbeit mit anderen Drittweltländern, und zwar in Bereichen wie Süßwasserfischzucht, Biogas, Akupunktur, Seidenraupenzucht, bei der integrierten Dorfentwicklung, beim elementaren Gesundheitsschutz, beim Bau kleiner Wasserkraftstationen und bei der Erschließung von Grundwasser.

6.2

Ebene Nr.2: Der multipolare Handlungsrahmen

Wie bereits in Abschnitt 4.2¹⁸ erläutert, gehört das Thema „Multipolarisierung“ seit den 90er Jahren zu den Steckenpferden der chinesischen Außenpolitik; keine theoretische Abhandlung und keine feierliche Erklärung, in der nicht das Stichwort „*duojihua*“ auftauchte. Die Fähigkeit zur „Pol“-Bildung hängt, Beijinger Auffassung zufolge, von der (hauptsächlich wirtschaftlich begründeten) Fähigkeit einer Nation oder einer Staatengemeinschaft ab, ihren Vorstellungen Gehör zu verschaffen und auf diese Weise internationalen Einfluß zu gewinnen.¹⁹

Lange Zeit hatte China sich als einziges Reich der Mitte empfunden. Da diese Vorstellung von einem einzigen Zentrum allerdings im wahrsten Sinne des Wortes längst Vergangenheit geworden ist, möchte China wenigstens zu einem jener *fünf* Zentren werden, die sich nach seiner Ansicht mittlerweile herausgebildet haben und zu denen die USA, die EU, Rußland und Japan sowie – selbstverständlich auch – China gehören. Zu den vornehmsten Aufgaben dieser polyzentrischen Struktur gehört nach chinesischer Auffassung die Herstellung eines weltweiten „Kräftegleichgewichts“, das vor allem dafür garantieren soll, daß Hegemonie und Supermachtsbestrebungen von vornherein im Keim erstickt werden.

Einzelheiten zu den „Vier Dreiecken“, die sich im Rahmen dieser polyzentrischen Fünferkonstellation herausbilden, wurden in Abschnitt 5.4.4.²⁰ bereits referiert. Dort auch ist eine *Graphik* abgedruckt, auf die hier verwiesen sei.

Die vier Dreiecke (USA, Japan und China; USA, China und Rußland; USA, Europa und Japan sowie USA, Rußland und EU) werden von der einzigen heutzutage noch verbliebenen Supermacht, den USA, miteinander verklammert. Kein Wunder, daß die Vereinigten Staaten für die VRCh heute mehr denn je zum wichtigsten Bezugspunkt geworden – und deshalb hier an erster Stelle zu behandeln sind. In den weiteren Abschnitten folgen dann, gemäß ihrer Bedeutung für China, die „Pole“ Japan, EU und Rußland.

6.2.1

China und die USA – verbunden durch einen gordischen Knoten

6.2.1.1

Die mäandrischen Lehren der Vergangenheit

Sieht man von den Konflikten zwischen 1949 und 1972 sowie 1989 ff. ab, so waren die rund 200 Jahre, in denen sich amerikanisch-chinesische Beziehungen entwickelt haben, meist recht positiv verlaufen.

Der Volksrepublik kam hierbei die historische Tatsache zugute, daß die meisten Amerikaner eine fast „romantische“ Einstellung gegenüber China hegten, die sich

¹⁵C.a., ebd., S.440 f.

¹⁶So u.a. auch Ministerpräsident Zhao Ziyang bei der Nord-Süd-Konferenz in Cancun 1981, BRu, 1981, Nr.44, S.16.

¹⁷XNA, 6.4.83.

¹⁸C.a., 1998/9, S.914.

¹⁹Hierzu im einzelnen C.a., 1992/2, S.95.

²⁰C.a., 1998/11, S.226-228.

aus vielen Quellen speiste, sei es nun aus den weit zurückreichenden Handelsverbindungen, aus den freundlichen Berichten amerikanischer Missionare oder aber aus gemeinsamen Interessenkonstellationen, wie sie sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Angesicht der europäischen Chinapolitik, in den 30er und 40er Jahren aber gegen die japanische Aggression herausentwickelt hatten. Der Durchschnittsamerikaner pflegt Japan und den Japanern immer mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberzustehen und weiß auch mit Indien oft kaum etwas anzufangen; für China aber hegt er die freundlichsten Empfindungen, ob es nun von der Guomindang oder aber von Kommunisten regiert ist, und er wünscht, daß seine Regierung das Verhältnis zu diesem Land möglichst reibungslos gestaltet. Nicht zuletzt aus diesem Grunde war die chinesische Volksdiplomatie vor allem in den USA noch lange vor 1972 auf fruchtbaren Boden gefallen; erst das Tiananmen-Massaker von 1989 hat in der öffentlichen Meinung der USA rabenschwarze Spuren hinterlassen, die sich nur langsam wieder verflüchtigen dürften.

Umgekehrt haben die Chinesen von der Zusammenarbeit mit den USA meist nur Vorteile gehabt. Zweimal wurden die USA sogar zum Retter in höchster Not, als nämlich die europäischen Mächte um die Jahrhundertwende darangingen, China in Einflußsphären aufzuteilen, und als vor allem die Japaner in den Jahren 1932 ff. versuchten, China zu okkupieren.

Die USA reagierten auf diese imperialistischen Ansätze mit zwei für China schicksalhaft gewordenen Schritten, nämlich mit der „Doktrin der offenen Tür“ des Staatssekretärs John Hay von 1899 sowie mit der „Stimson-Doktrin“ von 1932, die sich gegen die Anerkennung des am 1.3.1932 von Tokyo ausgerufenen „Kaiserreichs Manchukuo“ wandte. In beiden Fällen bekundete Washington sein Interesse an einer Bewahrung Chinas als Nation.

Die Stimson-Doktrin markierte den Beginn des kalten Kriegs zwischen Washington und Tokyo, der mit der Bombardierung Pearl Harbors (1941) in jene kriegerischen Auseinandersetzungen umschlug, die China wenigstens teilweise vom Druck des japanischen Militärs entlasteten.

Allerdings arbeiteten die Amerikaner damals nur mit der Guomindang-Führung zusammen und versäumten es, auch mit den chinesischen Kommunisten in Yan'an Kontakt aufzunehmen, sieht man einmal von einer kleinen halboffiziellen Beobachtergruppe und von Reisen des Journalisten Edgar Snow ab. Das offizielle Washington hatte damit einen Standpunkt bezogen, der dem 1949 ausgerufenen volksrepublikanischen China kaum eine andere Wahl ließ, als sich mit der Sowjetunion zusammenzuschließen, sich damit freilich auch über zwei Jahrzehnte lang zu isolieren.

Kein Wunder, daß die Vereinigten Staaten der volksrepublikanischen Führung von Anfang an, d.h. schon seit 1949, als „Feind Nr.1“ galten. Vor allem waren es fünf Ereignisse, die den USA in den Augen Beijings endgültig das Kainsmal des „Imperialismus“ aufdrückten, nämlich (1) die Unterstützung der Guomindang im chinesischen Bürgerkrieg (1946-1949), (2) die militärische Konfrontation zwischen chinesischen und amerikanischen Truppen im Koreakrieg, (3) die sich daran anschließende militärische Einkreisung Chinas (durch eine Kette von Militärbasen, die von den Al

glqq euten über Japan, Südkorea, Okinawa, Taiwan, die Philippinen und Indochina bis Thailand reichte), (4) die systematische Unterstützung des Neuanfangs der Guo-

mindang auf Taiwan und (5) das amerikanische Engagement im Zweiten Indochinakrieg (1964-1973).

Trotz solcher Gegnerschaften – und trotz des Trommelfeuers wechselseitiger Propaganda – versäumten es beide Seiten jedoch keineswegs, eine Art *roten Drahtes* einzurichten, und zwar in Form der Warschauer Gespräche (1958 ff.). Auch saß China in den Jahren der Feindschaft zweimal mit den Amerikanern am – multilateralen – Verhandlungstisch, nämlich bei der Genfer Indochinakonferenz von 1954 und bei der Genfer Laoskonferenz von 1962. Die Verhandlungen von Warschau verhinderten nicht weniger als dreimal die Eskalation der Spannungen um Taiwan und verringerten damit die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen. Auch dienten sie mehrfach als Alternative zur Einbeziehung Chinas in eine Konferenz der Großen Fünf (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und *Republik* China). Alles in allem waren die USA schon während der 60er Jahre den anderen westlichen Staaten nicht nur in der Quantität ihrer Kontakte, sondern auch in der Effektivität der erzielten Kompromisse stets mehr als eine Nasenlänge voraus. Selbst bei regulären diplomatischen Beziehungen hätte, sich angesichts der grundsätzlichen Differenzen, wie sie zwischen beiden Mächten nun einmal bestanden, wohl kaum mehr herausholen lassen.

Die entscheidende Wende im Verhältnis zwischen den beiden Dauerrivalen kam mit dem Ende der radikalen Lin-Biao-Ära, als das immer noch kulturevolutionäre China die seit Jahren zerrissenen Fäden seiner Außenpolitik zu sortieren begann und dabei zu der schreckhaften Erkenntnis kam, daß die Supermächte sich womöglich anschickten, ein gemeinsames Bündnis gegen seine so unberechenbar gewordenen Positionen zu schmieden. Die Beijinger Führung stand in dieser vielleicht schwersten Stunde ihrer Außenpolitik vor einer dreifachen Wahl – in Stichworten: (1) Zusammenschluß mit den Ländern der Dritten Welt (also mit den „Weltdörfern,“) gegen die „Weltstädte,“(Vorschlag des gerade gestürzten Verteidigungsministers Lin Biao)? (2) Reumütige Wiederannäherung an die Sowjetunion? (3) Oder Zugehen auf die USA?

Die Option Nr.3 bedeutete, daß Beijing zwar momentan über seinen eigenen Schatten springen mußte, daß sich hier längerfristig allerdings die helleren Perspektiven eröffneten: Zum einen hatte der damalige Präsident Nixon in seiner auf Guam verkündeten *Doktrin* von 1969 gerade verkündet, daß die USA bereit seien, die asiatischen Probleme zu entamerikanisieren und zu erlauben, daß sie sich *asiatisierten*. Gleichzeitig zeichnete sich die Möglichkeit einer technologisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie ein ferner Silberstreif ab.

Bekanntlich entschied sich Beijing damals für Option Nr.3 – und faßte damit einen Entschluß, der zur Welt sensation der Jahre 1971/72 werden sollte, nämlich der Einladung des US-Präsidenten nach Beijing, die sich als Durchbruch ohnegleichen erwies, weil sie nicht nur eine strahlende Aufhellung des Chinabilds und die Aufnahme der Volksrepublik in die UNO zur Folge hatte, sondern obendrein mit der Unterzeichnung des Shanghai-Kommuniqués vom Februar 1972 gekrönt wurde: Beide Mächte hatten sich nach zwei Jahrzehnten gegenseitiger „Mißverständnisse, zu der Einsicht durchgerungen, daß ihre Interessen im asiatisch-pazifischen Raum weitgehend identisch seien und daß sie sich deshalb am besten darüber einigen sollten, in diesem Bereich weder selbst hegemonale Interessen zu verfolgen noch zu dulden, daß eine *dritte Macht* dort hegemonial auftritt. Dieses Doppelziel

war der harte Kern der später so berühmt gewordenen *Antihegemonieklausele*,²¹ die den Sicherheitsinteressen beider Mächte optimal entgegenzukommen schien: Den chinesischen Interessen wäre vermutlich am besten durch eine *affirmative Umwelt* in Form freundlich gesonnener Nachbarn gedient, die darauf verzichteten, einer Großmacht Basen einzuräumen oder sonstige Vorrechte zu gewähren. Die Sicherheitsinteressen der USA andererseits waren – und sind – aufs engste mit einem Mächtegleichgewicht im asiatisch-pazifischen Raum verknüpft. Wie aus den – 1971 bekanntgewordenen und veröffentlichten – Pentagon Papers²² hervorgeht, waren die zwei wichtigsten Motive der US-Intervention in Vietnam das Streben nach erhöhter "Glaubwürdigkeit", und die Suche nach einer Wiederherstellung der Balance of Power in Asien gewesen. Die bei der Intervention in Vietnam immer noch nachwirkende Domino-Theorie war bekanntlich davon ausgegangen, daß der eurasiatische Kontinent sich von Magdeburg bis Shanghai in einen einzigen Roten Block verwandelt hatte, der sich anschickte, auch die Länder im *Vorfeld* des Blocks wie Dominosteine massenweise in Richtung "Kommunismus", kippen zu lassen.

Erst mit dem Zerfall des sozialistischen Lagers in mehrere einander bekämpfende Teilsysteme war dieses Domino-Trauma der nüchternen Erkenntnis gewichen, daß die "kommunistische Gefahr", nicht nur von außen her – im Wege des "Containment", – eingegrenzt, sondern mehr noch durch Spaltung von innen her gebannt werden konnte. Wer aber hätte in diesem divide-et-impera-Spiel willkommener sein können als die VR China!

Beijing kannte diese Überlegungen, ließ sich aber gleichwohl gerne mit in dieses Spiel hineinziehen, da es erstens seit 1968 die Sowjetunion als Hauptfeind betrachtete und da es zweitens eine Chance sah, aktiver Partner der USA zu werden – und nicht nur eine "Spielkarte", zu bleiben, die sich von Washington gegen Moskau als Trumpf ausspielen ließ. Gegenüber der eigenen Bevölkerung rechtfertigte die chinesische Führung die Einladung Nixons mit drei Überlegungen: Erstens sollte mit diesem Schritt eine antichinesische Allianz zwischen Moskau und Washington verhindert werden, zweitens gelte es, das Bild Chinas im Ausland, vor allem in den USA, aufzuhellen, und drittens könne man damit die Konkurrenz in Taipeh aus dem Feld schlagen.

Die Chinavisite Nixons leitete eine Politik ein, die 17 Jahre lang fast unter wolkenlosem Himmel stattfand, zumal Washington und die amerikanische Publizistik damals keinen Blick für die Schattenseiten der VR China übrig hatten und deshalb z.B. auch die Massenverhaftung von Dissidenten im Frühjahr 1979 kaum zur Kenntnis nahmen. In diesen 17 Jahren besuchten drei amerikanische Präsidenten (Gerald Ford 1975, Ronald Reagan 1984, George Bush 1989) die Volksrepublik und drei chinesische Spitzenpolitiker (Deng Xiaoping 1979, Ministerpräsident Zhao Ziyang 1984, Staatspräsident Li Xiannian 1985) die USA. Gleichzeitig wurden jene "Drei Gemeinsamen Kommuniqués", unterzeichnet, die aus Beijingers Sicht das bilaterale Verhältnis gleichsam "verfassungsrechtlich", fundamentiert haben, die allerdings von den USA leider immer wieder mißachtet wurden, nämlich das Shanghai-Kommuniqué vom 28.2.72, das Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

vom 1.1.79 und das Kommuniqué über die Einschränkung amerikanischer Waffenlieferungen an Taiwan vom 17.8.82. In dem letztgenannten Kommuniqué vom 17. August hatten sich beide Seiten darauf geeinigt, daß die USA "nicht daran dächten, eine langfristige Politik der Waffenverkäufe an Taiwan zu betreiben, daß ihre Waffenverkäufe an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der Lieferungen in den letzten Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen überschreiten werden und daß sie statt dessen planen, schrittweise ihr Waffenangebot an Taiwan zu reduzieren, um es schließlich, nach Ablauf einer gewissen Frist, ganz einzustellen",²³

Zwischen 1972 und Ende 1978 bestanden zwischen beiden Seiten zwar noch keine diplomatischen Beziehungen, sondern lediglich inoffizielle "Verbindungen", die beiderseits durch "Verbindungsbüros", (*liaison offices*) betreut wurden, dessen amerikanischer Teil (in Beijing) übrigens jahrelang vom späteren Präsidenten George Bush wahrgenommen wurde. Nach einer "Anstandspause", von sieben Jahren kam es dann aber am 1. Januar 1979 zur Errichtung diplomatischer Beziehungen und zur Auflösung aller offiziellen Kontakte mit Taiwan, u.a. auch zur Aufhebung des 1954 unterzeichneten "US-Taiwan Mutual Defense Treaty",.

Auch der Handelsaustausch nahm rasch zu – nicht zuletzt auch die militärische Zusammenarbeit und die Lieferung amerikanischer Waffen an die Volksrepublik.

Diese ganze Herrlichkeit endete dann freilich mit dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989, das die positiven Erfahrungen der vorausgegangenen 17 Jahre in Minutenschnelle vergessen ließ und das die beiderseitigen Beziehungen auf den Status der 60er Jahre zurückzuwerfen drohte. Das offizielle Washington zog sich aus der aktiven Chinapolitik zurück, verhängte gegen die Volksrepublik Sanktionen²⁴ und begann die jährliche Gewährung von Meistbegünstigung an Fortschritte in der Menschenrechtsfrage zu koppeln. Was die amerikanischen Medien anbelangt, so machten sie sich, nach 17 Jahren des Wohlwollens und des "Wegblickens", mit finsterner Entschlossenheit daran, nun vor allem die dunklen Ecken der VR China auszuleuchten und verfuhrten damit so konsequent, daß China fast nur dann noch Aufmerksamkeit erweckte, wenn wieder einmal ein Dissident verhaftet oder eine weitere Serie von Menschenrechtsverletzungen ans Tageslicht gekommen war – man denke etwa an die schockierenderen Arbeitslager-Enthüllungen des nach jahrzehntelanger *Laojiao*-Haft in die USA entlassenen Wu Hongda ("Harry Wu"), in denen von "Sklavensarbeit", in den chinesischen Gulags oder von schwunghaftem Handel mit den Organen hingerichteter Gefangener berichtet wurde.²⁵

Zu bilateralen Spannungen kam es aber auch wegen der chinesischen Atomtests von Lop Nor i.J. 1995, wegen des Abschusses von Raketen in Richtung Taiwanstraße (März 1996), wegen Massenhinrichtungen am Vorabend der Weltfrauenkonferenz, wegen der Verhaftung von Menschenrechtsaktivisten und der Ausweisung von US-Diplomaten.²⁶ Im Zeichen der Spannungen, die infolge der Direktwahl des taiwanischen Staatspräsidenten Li Denghui zwischen Taiwan und dem Festland aufgekommen waren,

²³So der Wortlaut der damaligen Verlautbarung, XNA, 17.8.82.

²⁴Z.B. die drei Sanktionen vom Juni 1991: (1) Einstellung der Exporte von Satelliten, (2) Einschränkung der Exporte von hochschnellen Computern und (3) Verbot der Ausfuhr von raketenbezogenen Produkten an einige chinesische Firmen.

²⁵Vergl. dazu C.a., 1995/6, Ü 2.

²⁶Dazu Näheres C.a., 1995/8, Ü 3.

²¹Dazu 2.2.3, C.a., 1998/6, S.712 f.

²²*Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnamkriegs*, herausgegeben von Neil Sheehan (in der *New York Times*), Knauer TB 271, München, Zürich 1971.

hatten die USA schließlich sogar zwei Flugzeugträger in Richtung Taiwanstraße losgeschickt.

Neben der Taiwanfrage traten noch weitere Konflikte zwischen beiden Seiten zutage, nämlich (1) der ständig zunehmende Handelsüberschuß der Chinesen, der sich nach US-Berechnungen 1996 zu einem Gesamtbetrag von sage und schreibe 35 Mrd. US\$ aufsummiert hatte, und zwar, weil die VR China, amerikanischen Behauptungen zufolge, zu einer systematischen Dumping-Politik übergegangen war und überdies mit Exporten via Hongkong die von Washington auferlegten Importquoten zu unterlaufen verstand. Weitere Streitpunkte waren, wie gesagt, (2) die Menschenrechtsfrage sowie (3) die angeblichen Waffenexporte Chinas in Krisengebiete und an Staaten, die von den USA als terroristisch bewertet werden, vor allem an den Irak, an den Iran und an Syrien. Mit zu den ständigen Vorwürfen der USA an die Adresse Chinas gehörten auch (4) die angebliche Verletzung von Urheberrechten durch chinesische Betriebe, nicht zuletzt aber auch (5) die Einmischung der VR China in den amerikanischen Wahlkampf.²⁷

Kein Wunder, daß sich in diesen Jahren das Tauziehen um die "richtige, Chinapolitik zu einem Dauerbrenner der öffentlichen Diskussion in den USA entwickelte: "Containment oder Enmeshment („Einmaschung", Einbindung) Chinas?,- dies waren die Stichworte, mit denen sich die gegensätzlichen Optionen markieren ließen.

Die Chinesen nahmen amerikanische Vorwürfe dieser Art nach außen hin zwar ungerührt entgegen, doch ist es wohl nicht verfehlt anzunehmen, daß ihnen die Vorhaltungen ans Mark gingen.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde verstärkten sich die Bemühungen einiger chinesischer Spitzenpolitiker, den amerikanisch-chinesischen Konfliktberg möglichst schnell abzutragen.

Vor allem die "harmonischen, persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Präsidenten Clinton und Jiang Zemin trugen zu einer Deeskalation der Konfliktlage bei – aus chinesischer Sicht ein erneuter Beweis für die Wichtigkeit von *guanxi*, deren unmittelbare Ergebnisse freilich auf amerikanischer Seite durch die Opposition der Republikaner und durch die chinakritische Medienarbeit sowie auf chinesischer Seite durch das plumpe und image-schädigende Verhalten der Stasi- und Propagandaorgane immer wieder relativiert wurden.

Chancen zum beiderseitigen Gespräch zwischen den Präsidenten boten sich in Hülle und Fülle: Seit 1993 trafen sich Clinton und Jiang beispielsweise bei den jährlichen "informellen, APEC-Konferenzen, aber auch bei anderen Gelegenheiten, so z.B. am Rande der 50-Jahr-Feiern für die UNO in New York im Oktober 1995.

Aber auch sonst zeigte sich – zumindest auf Regierungsebene – schon bald überall wieder "Konsultations-, Bereitschaft: 1994 beispielsweise ordnete Clinton die Abkoppelung der Meistbegünstigungsklausel von der Menschenrechtsfrage an. Im Januar 1998 unterzeichneten die Verteidigungsminister beider Länder in Beijing das Abkommen über den Aufbau eines Konsultationsmechanismus für militärische maritime Sicherheit (wobei den Beteiligten offensichtlich immer noch die bedrohliche Situation vom März 1996 in der Taiwanstraße vor Augen stand); im März 1998 gab Washington bekannt, daß die USA zur Wahrung des Friedens eine nukleare Kooperation mit China anstrebten, und im April 1998 unterzeichneten beide

Seiten ein Abkommen über die Einrichtung eines direkten "heißen Drahts, zwischen Washington und Beijing. Im Oktober 1997 besuchte Staatspräsident Jiang Zemin die USA und im Juni 1998 kam US-Präsident Clinton zur Gegenseite nach China.²⁸

Längerfristig scheint sich das sinoamerikanische Verhältnis erneut auf "Normalität, einzupendeln, d.h. auf ein Klima, wie es seit dem 19. Jh. die meiste Zeit über bestimmend gewesen war.

6.2.1.2

Das chinesische Amerikabild

Das politische Erscheinungsbild der USA hat in der Vorstellungswelt der chinesischen Elite seit 1949 eine Fieberkurve durchlaufen, deren Hauptschwankungen sich vor allem an den Meßpunkten 1970, 1980 und 1990 ablesen und folgendermaßen diagnostizieren lassen:

- Von einer hegemonialen zu einer geschwächten Macht – und wieder zurück
- Vom Einkreiser zum Partner bei der Gegeneinkreisung – und zurück
- Vom Embargobefürworter zum Handelspartner – und wieder zurück zum Bremser in der WTO-Frage.

Lediglich in *einem* Punkt sind sich die USA, aus Beijinger Sicht, immer treu geblieben, nämlich als Helfer, Garanten und Waffenlieferanten für Taiwan.

Auch die Frage, ob die USA als "Supermacht, zu betrachten seien, unterlag im Laufe der Jahre wechselnder Beurteilung: Bis 1972 galten sie als "imperialistische Supermacht,, und zwar ohne Abstriche, zwischen 1972 und 1989 waren Vorhaltungen dieser Art so gut wie verschwunden, bis sie dann nach 1989 wieder auftauchten, wenn auch ohne das "Imperialismus,-Attribut. Immerhin ist auch dieses Verdikt noch schwerwiegend genug, da sich "Supermachts,-Eigenschaften nach chinesischem Definitionsverständnis ja, wie oben bereits ausgeführt, nicht nur aus objektiver Stärke, sondern auch aus dem Willen ergeben, diese Stärke mißbräuchlich gegen andere einzusetzen. Zumindest die amerikanische Kosovo-, Irak- und Taiwanpolitik gelten als hinreichende Beweise für den Fortbestand dieses Willens zum Mißbrauch.

Und doch erscheinen die USA den meisten Entscheidungsträgern – aus vorwiegend wirtschaftlichen Gründen – als Idealpartner. Dies bezeugt nicht nur die beliebte Formel, daß "China das größte Entwicklungsland, die USA aber das größte entwickelte Land sind,, und daß beide Seiten daher wie geschaffen füreinander seien und sich aufs glücklichste ergänzen könnten: Chinas preiswerte Güter, angefangen von Textilien, Schuhen und Haushaltsgegenständen seien attraktiv für den amerikanischen Konsumenten, während umgekehrt amerikanische Qualitätsprodukte in China begeistert aufgenommen würden, angefangen von Flugzeugen über Maschinen und Elektronik bis hin zu Telekommunikationseinrichtungen sowie (!) zu Getreide und Baumwolle: Der Chinahandel habe in den USA seit Jahren für 300.000 hochbezahlte Arbeitsstellen sowie für eine weitere Million Arbeitsplätze gesorgt, die von diesem Handel indirekt abhingen.

Leider gebe es immer noch Streitigkeiten mit Washington, und zwar vor allem um die weitere Einräumung der Meistbegünstigungsklausel zugunsten Chinas sowie um

²⁷ Angeblich hatte die VR China die Demokratische Partei mit Spendengeldern während des 1996er Wahlkampfes unterstützt.

²⁸ Dazu C.a., 1998/6, Ü 1.

die Zulassung der Volksrepublik zur WTO. Die USA wären gut beraten, ihre Bremserrolle im Hinblick auf das 21. Jh. neu zu überdenken.

In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden, daß die Wirtschaft seit 1978 ff., d.h. seit Reformbeginn, ins Zentrum des chinesischen Entscheidungsprozesses gerückt ist. Daher spielen Außenhandelsbeziehungen bei den "politischen", Überlegungen eine wachsende Rolle. Nach Feststellung des chinesischen Hauptzollamts ist der bilaterale Handel 1996 auf 43 Mrd. US\$ angestiegen – das 18fache Volumen gegenüber 1979, dem Jahr der Aufnahme beiderseitiger diplomatischer Beziehungen. In den 17 Jahren zwischen 1979 und 1996 habe sich das bilaterale Gesamtvolumen auf 261 Mrd. US\$ belaufen; dementsprechend hätten sich die USA zwischen 1979 und 1995 zum drittgrößten und 1996 schließlich sogar – gleich hinter Japan – zum zweitgrößten Handelspartner Chinas entwickelt.

Die Amerikaner kommen auf noch weitaus höhere Beträge: Nach ihren Ermittlungen nämlich belief sich der beiderseitige Handel 1996 auf 63 Mrd. US\$ und – bezogen auf die vorangegangenen 17 Jahre – auf 376 Mrd. Hierbei rechnen sie auch einen Teil jener Handelsströme mit ein, die via Hongkong verliefen und die von der VR China bewußt verheimlicht würden: Der Handel sei also keineswegs ausgeglichen, sondern entwickle sich höchst einseitig zugunsten der VR China.

Unabhängig von solch unterschiedlichen Berechnungsmethoden sind sich beide Seiten aber darin einig, daß die jährlichen Wachstumsraten in den 90er Jahren bei +18% p.a. gelegen haben. Auch die Investitionstätigkeit ist steil nach oben geschossen: Bis Mitte 1997 waren mit der VR China nicht weniger als 23.250 Investitionsprojekte mit einer Gesamtsumme von 37 Mrd. US\$ vereinbart worden:²⁹ Die Beziehungen "rentieren", sich also, und zwar nicht nur für die chinesische Seite!

Die Annäherungswünsche, die durch solche Nützlichkeitsabwägungen zusätzlich genährt werden, prallen allerdings immer wieder auf eine mächtige Abwehrmauer, die seit 1989 vor allem von den US-Medien aufgerichtet wird. Kopfschütteln ruft in Beijing immer wieder die Berichterstattung einflußreicher amerikanischer Zeitschriften und Zeitungen wie der *Time*, der *New York Times* oder der *Washington Post* hervor, in denen – nach chinesischer Beobachtung³⁰ – immer häufiger Artikel auftauchen, die China als ein "neues und böses Reich, oder aber als eine "kampflustige, aufstrebende und reizbare Großmacht, bezeichnen, der die USA Grenzen aufzuzeigen hätten. Der "chinesischen Gefahr, sei mit einer Doppelstrategie zu begegnen, nämlich einer "Politik der Eindämmung, und der Anerkennung "Taiwans als Staat,. Beijing hofft, daß solche Stimmen bei Regierung und Öffentlichkeit auf taube Ohren stoßen, da die USA aus ihrer verfehlten Eindämmungspolitik doch längst gelernt haben müßten! Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hätten sie wiederholte Male versucht, der VR China eine Politik des Containment, der Blockade und der Subversion aufzunötigen. Doch was hätten sie damit am Ende erreicht!? Statt der jungen Volksrepublik zu schaden, hätten sie sie im Gegenteil noch gestärkt – man denke an den Fehlschlag der SEATO!

Politisch, wirtschaftlich und "kommunikativ, ergibt sich aus Sicht der Beijinger Führung also ein überaus gemischtes Bild. Und wie denkt die Bevölkerung? Daß der

Antiamerikanismus zumindest in der intellektuellen Öffentlichkeit an Breite und Tiefe gewonnen hat, ließ sich zuletzt im Zusammenhang mit einem Ende Mai 1996 erschienenen Buch beobachten, das mit seinen 50.000 Exemplaren in der ersten Auflage bereits innerhalb weniger Stunden vergriffen war, nämlich einem 435 Seiten starken Oeuvre, das unter dem Titel *China kann Nein sagen* erschien und sich überaus kritisch mit den amerikanisch-chinesischen Beziehungen auseinandersetzt: China dürfe sich unter keinen Umständen dem amerikanischen Polit-, Wirtschafts- und Kultur-, "Imperialismus" beugen, hieß es dort. Ein Bündnis mit Rußland könne dazu dienen, dem amerikanischen Druck entgegenzuwirken. Die USA wollten dem Traum Chinas vom Aufstieg zur wirtschaftlichen Großmacht ein Ende bereiten. Sie hätten einen internationalen „antichinesischen Club“ unter Einschluß Japans und Vietnams gegründet, der Chinas Ansprüche auf Taiwan und die Spratly-Inseln bekämpfe. Die CIA stehe hinter einer seit Jahren laufenden Kampagne zur Destabilisierung der chinesischen Gesellschaft. Die „kulturelle Invasion“ Chinas werde von Hollywood aus mit Filmen betrieben, die Gewalt und Individualismus verherrlichten. Die fünf Verfasser räumten ein, Amerika jahrelang bewundert zu haben; doch lasse sich die antichinesische Politik der USA nicht länger mit ihrem Patriotismus vereinbaren.³¹

6.2.1.3

Interessen und Ziele

Drei langfristige Hauptziele sind es, die Beijing gegenüber den USA verfolgt, nämlich Enthegemonisierung, Intensivierung (der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit) und Distanzierung (Washingtons gegenüber Taiwan).

Taiwan steht hierbei erklärtermaßen immer noch im Mittelpunkt, obwohl Washington die alten drei Grundforderungen Beijings längst erfüllt hat, nämlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taibei, die Annullierung des „Gemeinsamen Verteidigungsvertrags“ mit der Republik China (von 1954) und den Abzug der US-Truppen aus Taiwan. Seit die USA diesen Forderungen 1979 nachgegeben, dafür gleichzeitig aber modifizierte Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hatten, wie sie im TRA (Taiwan Relation Act) vom 13. März 1979 definiert sind, verlangt Beijing, daß die USA ihre „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“ vollends einstellen, vor allem aber Taiwan nicht länger mit Waffen beliefern.

Die Taiwanpolitik der USA ist aus Beijinger Sicht Hauptelement eines nach wie vor virulenten amerikanischen Hegemoniekurses, der zu verschwinden hat, wenn es zu einem dauerhaft harmonischen Verhältnis zwischen Washington und Beijing kommen soll.

An dieser Stelle erhebt sich sogleich die weitere Frage, ob die VR China, die sich ja nach wie vor „Reich der Mitte“ nennt, es mit ihrem Selbstverständnis vereinbaren kann, daß hoch über ihr noch eine politisch und wirtschaftlich weit überlegene Macht steht. Das überkommene „Nr.1-Denken“ der Chinesen läßt dies eher fraglich erscheinen.

Dem Bestreben nach Minimierung des multilateralen Einflusses der USA – vor allem auf Taiwan – entspricht auf der anderen Seite das Ziel einer Maximierung der bilateralen wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit. Hier gibt es nach oben kaum Grenzen!

²⁹ Davon 15,76 Mrd. US\$ bereits ausbezahlt, XNA, 6.10.97.

³⁰ Dazu beispielsweise BRU, 1995, Nr.42, S.4 f.

³¹ Dazu C.a., 1996/6, Ü 7 m.N.